

presse

Minijobs gehören auf den Prüfstand

Zu den heute von der Hans-Böckler-Stiftung vorgelegten Studien zur Entwicklung der geringfügigen Beschäftigung in Deutschland erklären die Sprecherin der Arbeitsgruppe Gleichstellungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion Christel Humme und die zuständige Berichterstatterin der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales Gabriele Hiller-Ohm:

Die von der Hans-Böckler-Stiftung veröffentlichten Zahlen machen deutlich, dass die geringfügige Beschäftigung, das heißt der sogenannte Minijob, in vielen Fällen vor allem eins ist: Ausbeutung, insbesondere von Frauen. Christel Humme und Gabriele Hiller-Ohm fordern eine Minijobreform. Ziel ist die Gleichbehandlung aller Arbeitsverhältnisse mit fairer Entlohnung, einem gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro und die Wahrung der Arbeitnehmerrechte.

Die von der Hans-Böckler-Stiftung veröffentlichten Zahlen machen deutlich, dass die geringfügige Beschäftigung, das heißt der sogenannte Minijob, in vielen Fällen vor allem eins ist: Ausbeutung, insbesondere von Frauen.

Offenbar systematisch werden - trotz Verbot - fast 90 Prozent der Minijobberinnen und Minijobber zu Niedriglöhnen beschäftigt. Weniger als neun Euro brutto pro Stunde verdienen sie im Durchschnitt. Das heißt nicht einmal halb so viel wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit regulärem Vollzeitjob. Knapp zwei Drittel derjenigen, die in Deutschland mit einem Stundenlohn von unter fünf Euro leben müssen, haben einen Minijob.

Die Unternehmen versuchen, das verdeutlichen die Studienergebnisse, auf diesem Wege ihre Personalkosten zu drücken. Sie zahlen zum Teil rechtswidrig niedrige Löhne und missachten die Rechte der Minijobberinnen und Minijobber auf bezahlten Urlaub oder Lohnfortzahlung bei Krankheit.

Schon lange ist diese Beschäftigungsform in den meisten Fällen nicht mehr eine gute Möglichkeit eines abgabenfreien Zuverdienst, sondern vielmehr ein Auswuchs einer rein gewinnorientierten Personalpolitik. In einigen Branchen sind andere Stellen schlichtweg kaum noch zu finden. So sind die Minijobs zum Massenphänomen geworden, fast 7,5 Millionen Menschen arbeiten in diesen Beschäftigungsverhältnissen. Zwei Drittel derjenigen, die ausschließlich von einem Minijob leben, sind Frauen. Damit steigt gerade ihr Risiko im Alter arm zu werden. Sie erwerben keine oder nur sehr geringe Ansprüche an die Kranken-, Renten- oder Arbeitslosenversicherung.

Schwarz-Gelb plant, die Verdienstgrenze in Minijobs von 400 auf 450 Euro zu steigern. Damit würde die geringfügige Beschäftigung noch stärker ausgeweitet. Das kann nicht sein.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine Minijobreform. Unser Ziel ist die Gleichbehandlung aller Arbeitsverhältnisse mit fairer Entlohnung, einem gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro und die Wahrung der Arbeitnehmerrechte.